

Voranschlag 2016 auf Regierungskurs

Diskussion über die Budgetpostulate findet weitgehend ohne bürgerliche Beteiligung statt

Von Thomas Gubler

Liestal. Der Landrat hat es am Mittwochabend nicht geschafft, nach dem Finanzplan auch noch den Voranschlag 2016, beziehungsweise die Jahresplanung 2016, zu verabschieden. Nur gut die Hälfte der Budgetpostulate wurde behandelt – und die allermeisten davon abgelehnt.

Zugestimmt wurde im Einverständnis mit der Kommission dem Antrag der Geschäftsleitung des Landrats zur Finanzierung des Projekts «Übergang zum papierlosen Betrieb» (plus 40000 Franken) und demjenigen von Dominik Straumann (SVP) zur Reduktion des Beitrags an die Aufsichtsstelle Datenschutz um 150000 Franken. Ansonsten wurden die Budgetpostulate mehr oder weniger deutlich – meist im gleichen Stimmenverhältnis wie in der Finanzkommission – bachab geschickt. Das gilt nicht nur für so grosse Posten wie den Antrag von Kathrin Schweizer (SP), auf die Kürzung der Verbilligung der Krankenkassenprämien (8,4 Millionen) zu verzichten. Sondern auch für Anliegen wie das von Rahel Bänziger (Grüne), die Streichung des Beitrags für das Projekt «Bim Buur in d'Schuel» (12000 Franken) rückgängig zu machen.

Urs Kaufmann (SP), dessen Antrag, auf die Streichung der Beiträge an Betriebsanlässe für das Staatspersonal zu verzichten, ebenfalls deutlich abgelehnt worden war, erklärte deshalb,

Baselland werde «zum knauserigsten Kanton». Und Christine Koch (SP) bezeichnete die Streichung des Beitrags für die Schule auf dem Bauernhof als «Sparmassnahme, die zum Himmel stinkt wie der Misthaufen auf dem Bauernhof». Keine Chance hatten auch zahlreiche Anträge von Marie-Theres Beeler (Grüne), die alle zum Ziel hatten, die Kürzung oder Streichung der Beiträge an Massnahmen zur Gesundheitsprävention rückgängig zu machen.

Bürgerliche diskutierten nicht

Augenfällig war, dass sich die bürgerliche Ratsseite an der Diskussion über die Budgetpostulate fast schon demonstrativ nicht beteiligte und das Feld gänzlich der SP und den Grünen überliess. So blieb es jeweils den zuständigen Direktionsvorstehern, insbesondere Finanzdirektor Anton Lauber (CVP), überlassen, die Haltung der Regierung und der Bürgerlichen zu vertreten. Nur in einem Fall – beim Antrag von Christine Gorrengourt (CVP), Myrta Stohler (SVP) und Marianne Hollinger (FDP) betreffend Erhöhung eines Beitrags an die ambulante Alkoholberatung in der Höhe von 100000 Franken – wurde die Blockade aufgehoben, worauf der Antrag auch durchkam.

Eintreten auf den Voranschlag war unbestritten, obschon die SP massiv Kritik «an diesem Abbaubudget der rechtskonservativen Regierung» (Fraktionschefin Kathrin Schweizer) übte und



Angriffe abgewehrt. Regierungsrat Anton Lauber (unten) liess im Landrat nichts anbrennen. Foto Florian Bärtschiger

Regula Meschberger in Abrede stellte, dass damit wirklich gespart werde. «Hier werden nur Kosten verlagert», sagte die SP-Co-Präsidentin. Ein Rückweisungsantrag von Daniel Altermatt (GLP) hatte keine Chance. Er wurde mit 60 Nein zu 16 Ja, bei neun Enthaltungen,

überaus deutlich abgelehnt. Zuvor hatte der Landrat den Finanzplan 2016–2019 mit 51 Ja zu 32 Nein, bei vier Enthaltungen, genehmigt und die Investitionsplanung ab 2020 bis 2025 mit 84 zu null zur Kenntnis genommen. Dabei hatten die Fraktionssprecher die Gelegenheit zur Darlegung ihres finanzpolitischen Credos genutzt. Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) betonte die Notwendigkeit einer Kündigung des Universtrags, um die Kosten unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit neu verteilen zu können. Und die Freisinnigen boten Hand «zum Nachmehrsparen», wie Michael Herrmann erklärte.

Demgegenüber hielt die SP die Zitrone Baselland für ausgepresst. Unterstützt von den Grünen stellte sie den Antrag, den Finanzplan an die Regierung zurückzuweisen, damit diese auch einnahmenseitige Massnahmen zur Beseitigung des strukturellen Defizits prüfe. Dieser wurde aber nach einem Appell von Finanzdirektor Anton Lauber mit 51 Nein zu 36 Ja abgelehnt.

Vor der Debatte hatten Baselbieter Kunst- und Kulturschaffende vor dem Regierungsgebäude gegen den Abbau bei der Kulturförderung demonstriert. In einer Resolution warben sie für das Budgetpostulat von Jürg Degen (SP). Dieses verlangt, auf den Abbau von 390000 Franken bei der Kulturförderung im Voranschlag 2016 zu verzichten. Das Postulat wird heute behandelt.

Nachrichten

Überfall auf Supermarkt in Diegten war fingiert

Diegten. Der Überfall am Mittwoch, 9. Dezember, auf einen Lebensmittelladen in Diegten war vorgetäuscht. Laut Polizei hat die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren gegen den Filialleiter als angebliches Opfer sowie gegen einen Mittäter eröffnet. Die Bargeldbeute soll das Duo selbst eingesteckt haben.

Gemeinde wehrt sich gegen Regierungsrat

Therwil. Der Gemeinderat Therwil ficht einen Entscheid des Regierungsrats an, der vier Stimmrechtsbeschwerden gegen den Beschluss der Gemeindeversammlung zur «Nichterheblicherklärung des Stimmberechtigtenantrages zur Kündigung der InterGGA-Verträge» gutgeheissen hat. Der Gemeinderat lässt es nach Prüfung externer Anwälte mithilfe einer Autonomiebeschwerde auf ein Gerichtsurteil ankommen.

Glückwunsch

Goldene Hochzeit

Birsfelden. Heute vor 50 Jahren haben sich **Angelika** und **Robert Roth-Seibertz** das Jawort gegeben. Wir gratulieren den Eheleuten ganz herzlich zu ihrer goldenen Hochzeit und wünschen alles Gute für die weitere gemeinsame Zukunft. gratulationen@baz.ch

Zur Kritik am Uni-Referendum der SVP

Baselland lässt sich in den Schwitzkasten nehmen

Von Hanspeter Weibel

Wer am Dienstag die BaZ las, rieb sich erstaunt die Augen. Unter dem Titel «Wie der Pharmaboom das Baselbiet ruinierte» wurde einfach, klar und nachvollziehbar aufgezeichnet, wie sich das Baselbiet finanziell ins strukturelle Defizit manövriert hat. «Die Finanzprobleme, die aufs Baselbiet zukommen, waren seit Langem absehbar», wird Prof. Schaltegger zitiert. Eine Pflichtlektüre für alle, die zum Thema Finanzen im Baselbiet mitreden wollen.

Und in der gleichen Ausgabe entrüstet sich der junge Baselbieter CVP-Parteipräsident über das von der SVP angekündigte Referendum zu weiteren Finanzierungsbeiträgen der Baselbieter Steuerzahlenden an die Pensionskasse der Universität. «Wirtschaftsstandort erneut in Gefahr», titelt er. «Eine sofortige Kündigung der gemeinsamen Trägerschaft der Universität wäre eine Bankrotterklärung für unsere Region», entrüstet er sich. Vermutlich vermag er sich nicht mehr zu erinnern, dass er exakt am 10. September 2015 um 14.36 Uhr genau dies gefordert hat und ein Handlungspostulat der SVP, das von der Regierung eine sofortige Kündigung der Uni-Verträge und eine Neuverhandlung vorsah, unterstützt hat. Gemeinsam mit allen Landräten aus der CVP, SVP und FDP (mit zwei Ausnahmen) haben dies 44 Landräte gleich gesehen und dem Regierungsrat eben diesen Auftrag erteilt. Was trübt den Blick des jungen CVP-Präsidenten, dass er die gleiche Frage, die übrigens den Landrat schon seit zehn Jahren immer wieder beschäftigt hat, zwei Monate später anders sieht? Niemand hat je eine ersatzlose Kündigung des Uni-Vertrages verlangt. Wenn Baselland mit 21 Prozent aller Studierenden an der Uni 50 Prozent des Restdefizits übernimmt, dann stimmt hier schlicht und einfach etwas bei der Verhältnismässigkeit nicht. Auf jeden Fall dann nicht, wenn ein Kanton finanziell derart angeschlagen ist, dass im wahrsten Sinne des Wortes «jeder Rappen zählt». Und Regierungs- und Landrat dem Bürger Leistungen reduzieren und Belastungen finanzieller Art auferlegen wollen. Derweil das Geld nach Basel munter fliesst.

Wie glaubwürdig ist eine FDP, die zuerst diese Kündigung ebenfalls unterstützt, dann aber der Zusatzfinanzierung an die PK der Uni, einem Betrag,

der ein Prozent des jährlichen Budgets der Uni ausmacht, zustimmt, in der gleichen Sitzung aber einen unkonkreten Vorstoss (dringlich!) einreicht, der Regierungsrat müsse zum bereits aufgelegten Sparpaket von 100 Millionen aufzeigen, wie weitere 100 Millionen jährlich eingespart werden könne? Seit 2007, als die Baselbieter Bevölkerung die gemeinsame Trägerschaft gutgeheissen hat (mit welcher eine ganze Reihe von bisher nicht eingelösten Versprechungen verbunden war), konnte die Bevölkerung nichts mehr dazu sagen, sondern nur die jährlich wachsenden Defizite übernehmen.

Mit dem Referendum wird die Regierung dem Volk auskunftspflichtig.

Alle sind sich einig, allerdings in unterschiedlicher Ausprägung, dass die Uni mit dem Geld geklotzt und nicht gekleckert hat und dies korrigiert werden muss. Wenn dann aber Taten folgen sollen, dann begnügt sich unser Regierungsrat, mittels Geld von Basel-Stadt «Zeit zu kaufen». Zeit, nichts tun zu müssen und jetzt keine schwierigen Verhandlungen mit Basel-Stadt führen zu müssen. Aber sie täuscht sich. Mit dem Referendum wird die Regierung gegenüber der Bevölkerung auskunftspflichtig. Sie muss aufzeigen, wie sie die Bedingungen inskünftig ausgestalten will, und sie muss dies verbindlich tun. Da hätte man gerade direkt in die Verhandlungen einsteigen können. Aus Sicht von Basel-Stadt ist dies eine hervorragende Investition. Denn gleichzeitig ist damit die Verpflichtung verbunden, für weitere sechs Jahre an den Beiträgen von Baselland nicht nur nichts zu verändern, nein, diese mit den Vorlagen für Tropeninstitut, ETH und Uni-PK-Finanzierungsbeitrag sogar noch zu erweitern. Ein selten guter Deal: für die Uni und für Basel-Stadt. Ein finanzielles Desaster für Baselland.



Hanspeter Weibel, Böttmingen, ist SVP-Landrat und Präsident der Geschäftsprüfungskommission.



Perspektive für Jugendliche. Urs Wüthrich will, dass die Erfolgsgeschichte der Kunsteisbahn weitergeht. Foto Ch. Horisberger

Der Millionen-Franken-Mann

Verein um alt Regierungsrat Urs Wüthrich sammelt Geld für Sissacher Eishalle

Von Christian Horisberger

Sissach. Die Zeit drängt. Bis 30. April muss Sissach von Kanton, Gemeinden, Privaten und Gewerbe vier Millionen Franken beschaffen haben, ansonsten sieht es düster aus für die Zukunft der Kunsteisbahn. An diese Bedingung war das Ja der Gemeindeversammlung zum Bruttokredit über knapp neun Millionen Franken für den Umbau der Anlage zur Eishalle geknüpft worden.

Gestern stellte sich der Verein Patronat Kunsteisbahn Sissach vor, der für einen Teil der fehlenden Millionen weibel will. Vereinspräsident Urs Wüthrich sprach von einer grossen Herausforderung. Der alt Regierungsrat, der einen Katzensprung von der Kunst entfernt wohnt, betonte aber auch, dass er die Aufgabe nicht übernommen hätte, würde er nicht an den Erfolg glauben.

Von den benötigten vier Millionen Franken liegen laut Vizepräsident Jacques Handschin bereits Zusagen für 1,45 Millionen vor. Allerdings komme dieses Geld fast ausschliesslich von der öffentlichen Hand: 750000 Franken aus dem Swisslos-Fonds, 100000 Franken von der Bürgergemeinde Sissach, mehr als eine halbe Million von diversen Gemeinden. Jetzt ist der Verein gefordert, der sich bei der Mittelbeschaffung auf Private und das Gewerbe

konzentriert, während der Gemeinderat den Kanton und die Dörfer im Einzugsgebiet der Kunst bearbeitet.

Wüthrich und seine Mitstreiter setzen auf die Eissportvereine, aber auch auf die Solidarität innerhalb der Sportlerfamilie; Vertreter von örtlichem Turnverein und Fussballclub hätten ihre Unterstützung bereits zugesichert. Gut angelaufen sei ein «Hunderter-Club», in den sich die Mitglieder mit tausend Franken einkaufen können: Laut Vizepräsident Ruedi Graf hat der Club bereits 17 Mitglieder.

Mäzen kann sich Denkmal setzen

Im Weiteren baue man auf Gewerbevereine, die bei ihren Mitgliedern Überzeugungsarbeit leisten sollen. Einen «Götti», der Hunderttausende Franken springen lässt, gibt es nicht – oder noch nicht. Gemeinderat Daniel Stocker stellt einem allfälligen Mäzen in Aussicht, sich mit einer hübschen Summe ein Denkmal setzen zu können. «Mit einer Million heisst die Kunst dann eben Müller- oder Huber-Arena.» Leicht würde es nicht, die Finanzierung zu sichern, so Stocker, doch seien die Signale von der Wirtschaft «nicht die schlechtesten».

Eine Zielvorgabe des Patronatsvereins wollte Ex-Banker Handschin nicht nennen. Gemeinde und Komitee

würden Schulter an Schulter aufs gemeinsame Ziel hinarbeiten. Man kann aber davon ausgehen, dass eher zwei als eine Millionen Franken benötigt werden. Gemeinden und Kanton dürften zusammen zwei Millionen bringen. Bleiben zwei Millionen von Privaten.

ZS-Trainer Michael Amsler, Curler-Präsident Hansjakob Speich und Sek-Schulleiter Beat Lüthy unterstrichen die grosse Bedeutung der Kunsteisbahn für ihre Vereine und die Schule. Die Vertreter der Eissportvereine bekräftigten, bei der Mittelbeschaffung tatkräftig mitzuwirken. Speich sprach von einem sechsstelligen Betrag, den der Curling-Club beisteuern will.

In gut vier Monaten fällt der Vorhang. Es pressiert, weil die im Sommer erfolgte Verstärkung des einsturzgefährdeten Kunsti-Dachs nur eine Lösung auf Zeit ist. Bringt man nicht bis in fünf Jahren die Nässe aus der Holzkonstruktion, kann die Sicherheit der Anlage nicht weiter gewährleistet werden, sagt Gemeinderat Daniel Stocker. Um in der Zeit zu bleiben, müsse 2016 die Planung für den Hallenbau erfolgen.

Und falls der Verein scheitert? Wäre dies das Ende der Kunsti? Das Wort «Abbruch» wollte gestern keiner hören. Der Gemeinderat liess durchblicken, dass vor einem Abbruch noch andere Möglichkeiten geprüft würden.